

**Rede
von**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 8

Abschließende Beratung

**Löschmoratorium für NSU-Akten wiedereinsetzen -
Aufklärung ermöglichen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/6000

während der Plenarsitzung vom 14.09.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

die Anschläge und Morde der Terrorgruppe NSU waren für unser Land, aber auch für unsere Sicherheitsbehörden eine Zäsur.

Dass in Deutschland über einen so langen Zeitraum rechte Terroristen Verbrechen verüben konnten, macht nachdenklich und wütend zugleich. Nachdenklich vor allem deshalb, weil die grausamen Morde der Terrorgruppe bis heute im Zusammenhang mit Fehleinschätzungen von Sicherheitsbehörden stehen und insbesondere auch, weil die Ermittlungen teils von rassistischen Vorurteilen getrieben waren.

In die Kette von Ereignissen reiht sich – auch nach Vorlage der Abschlussberichte von Untersuchungsausschüssen – der Umstand, dass das Fehlverhalten einiger Sicherheitsbehörden nur unzureichend aufgearbeitet werden kann, nahtlos ein.

Fest steht: Die barbarische Terrorserie des NSU ist für Demokratinnen und Demokraten ein schwer erträgliches, trauriges Kapitel in der Geschichte unseres Landes, das sich niemals wiederholen darf, verehrte Kolleginnen und Kollegen!
Die Mordserie zeigt, wie wichtig es ist, dass wir alle rechter Gewalt und Hetze entschieden gegenüber treten müssen.

So sehr wir es uns auch alle wünschen, wir können das Geschehene nicht ungeschehen machen. Es ist allerdings unsere Pflicht, die richtigen Lehren zu ziehen, um zu verhindern, dass sich so etwas jemals wiederholen kann. Das sind wir vor allem denjenigen schuldig, die durch den NSU Leid erfahren haben oder bis heute leiden.

Was bedeutet diese Pflicht für uns in Niedersachsen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Das Terror-Netzwerk und das Trio selbst hat aus banalen, ja alltäglichen Gründen, wenig Kontakt nach Niedersachsen gehabt und sich hier kaum aufgehalten. Das haben die Untersuchungen, die es hier, aber auch in anderen Ländern und im Bund gegeben hat, eindeutig gezeigt.

Alle Daten und Akten, die für eine Untersuchung in Zusammenhang mit dem NSU in Betracht kommen, wurden untersucht. Es gibt trotz dieser umfangreichen Untersuchungen von verschiedenen Parlamenten und Behörden keine Anhaltspunkte dafür, dass weitere relevante Daten beim niedersächsischen Verfassungsschutz vorhanden sind.

Ein weiteres Aufschieben der üblichen Speicher- und Aufbewahrungsfristen wäre deshalb nicht zu rechtfertigen. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Das bedeutet keineswegs, dass es nicht viele Konsequenzen gibt, die wir für uns aus dem NSU-Terror ziehen müssen. Auch hier bei uns hat es in diesem Zusammenhang Fehler gegeben. An dieser Stelle sei nur an die unzureichende Observation des Holger G. im Jahr 1999 erinnert.

Und auch im Allgemeinen hat es in der Aufarbeitung von Bund und Ländern viele Lehren, nicht zuletzt in der bundesweiten Zusammenarbeit, für unsere Sicherheitsbehörden und auch unser Landesamt gegeben.

Gemeinsam, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, haben wir in der letzten Legislaturperiode eine große Reform unseres Verfassungsschutzgesetzes auf den Weg gebracht und beschlossen.

Es gab viele Anstrengungen in puncto Transparenz und der Stärkung des Opferschutzes, gepaart mit einer engen parlamentarischen Kontrolle. Alles in allem Merkmale für einen demokratischen, modernen und leistungsfähigen Verfassungsschutz. Und genau das ist der niedersächsische Verfassungsschutz heute: Eine wesentlich breiter aufgestellte, leistungsfähige, demokratische Sicherheitsbehörde, meine verehrten Damen und Herren.

Wir haben unsere Aufgaben nach dem NSU-Terror nach bestem Wissen und Gewissen gemacht.

Es wurmt auch mich, dass die Aufarbeitung an anderer Stelle weniger erfolgreich sein wird. Das gilt sowohl für die Aufarbeitung der Taten selbst, als auch für Arbeit einiger anderer Verfassungsschutzbehörden. Diese Aufarbeitung wird wohl leider nie vollständig möglich sein.

Das wird aber nicht an den bekannten Akten des niedersächsischen Verfassungsschutzes liegen!

Meine Damen und Herren,

was uns bleibt, ist die große Aufgabe, stetig auf der Hut zu sein und dafür zu sorgen, dass sich ein solch menschenverachtender Terror nicht wiederholen darf. Das sind wir unserer Geschichte, unserer Demokratie und vor allem den zehn Todesopfern, den vielen Verletzten und ihren Angehörigen schuldig.

Vielen Dank!